

Eine „klare Aussage“ wird gefordert

BRUNECK. Kritik an den Aussagen von Bürgermeister Tschurtschenthaler bezüglich des Referendums übt der SGB-CISL. Durch eine solche Vorgangsweise disqualifiziere sich die Ton angehende Politik von selbst, schreibt der SGB-CISL und ruft die „politischen Verantwortungs-träger „zu einer klaren Aussage hinsichtlich der Befragung am 7. November auf, damit jeder Bürger seine Meinung bilden und abgeben kann und dabei auch ernst genommen wird“.

Sitzung des Gemeinderates

TOBLACH. Am Donnerstag um 20 Uhr tritt der Gemeinderat zusammen: Tagesordnung: Ernennung des Bibliotheksrates, Genehmigung der neuen Recyclinghof-Betriebsordnung.

Klärung oder Verwirrung?

GEMEINDERAT: Heftige Diskussion über die Auslegung der bei der Volksbefragung am 7. November zugelassenen Fragestellung

BRUNECK (ru). Worüber wird bei der Volksbefragung am 7. November abgestimmt? Nicht nur, aber auch über das Projekt Ried oder über weitere zukünftige Infrastrukturen am Nordosthang des Kronplatzes? Seit der Gemeinderatssitzung am Montag ist für Verwirrung gesorgt.

Bürgermeister Christian Tschurtschenthaler hat, wie berichtet, ein Antwortschreiben von Stefan Beikircher, dem Präsidenten der Fachkommission verlesen, wonach die für das Referendum zugelassene Fragestellung „nicht das Projekt Ried der Kronplatz AG betrifft, sondern, wie aus der Fragestellung unzweideutig erkennbar, die Errichtung weiterer zukünftiger skitouristischer Infrastrukturen wie Pisten und/oder Aufstiegsanlagen am Nordosthang des Kronplatzes, östlich der Hernegg-Piste mit den Weilern Ried und Walchhorn“. Wie Beikircher erklärt, wäre eine Volksbefragung zum Projekt Ried in Bruneck gar nicht zulässig, da das Projekt drei Gemeinden betreffe.

Zu sagen, dass es bei der Volksbefragung nicht um Ried, sondern um weitere zukünftige Anlagen gehe, sei „versuchte Manipulation“, entrüstete sich Georg



Im Hinblick auf die Volksbefragung am 7. November besteht noch dringender Klärungsbedarf.

oe

Peintner von den Grünen. Natürlich gehe es nicht in erster Linie um Ried, sondern insgesamt um den Nordosthang des Kronplatzes und darin sei Ried eingebunden.

Dem schloss sich Walter Huber von der Bürgerliste an. Bei der Volksbefragung gehe es nicht explizit, aber auch um Ried und um den Schutz des Nordosthanges des Kronplatzes insgesamt. Der Antrag auf Abhaltung der Volksbefragung sei im Frühjahr 2009 eingereicht worden. Damals wie

heute gebe es in dem besagten Gebiet keine Pisten und Anlagen, weshalb das Wort „weitere“ in dem vom Bürgermeister vorgelesenen Schreiben irreführend sei.

Die Fragestellung sei klar, meinte Bernhard Hilber von den Freiheitlichen. Sie beziehe sich auf das gesamte Gebiet, und nicht nur auf Ried. Dies, um zu verhindern, dass im Falle einer Ablehnung des Projektes Ried, ein anderes Projekt für dieses Raum vorgelegt werde.

Christoph Baumgartner von

der SVP warf ein, dass die Diskussion um das Projekt Ried mit der Eintragung in den Bauleitplan eine andere Dimension erhalten habe.

„Da bleibt einem die Spucke weg“, meinte Hanspeter Niederkolfer von den Grünen. Die Fragestellung sei eindeutig. Es gehe darum, ob am Nordosthang des Kronplatzes auf Brunecker Gemeindegebiet Skipisten und/oder Aufstiegsanlagen zugelassen werden sollen. Da es dort bisher nichts dergleichen gebe und kei-

ne Ausnahmen angeführt seien, sei klar, dass sich die Frage auf jegliche skitouristische Infrastruktur beziehe, also auch und gerade auf das Projekt Ried, das den Anlass für die Befragung gegeben habe.

Wenn auch die Landesregierung inzwischen – trotz Warnungen – weitere Genehmigungsschritte gesetzt und auch der Gemeinderat sein Gutachten über die Eintragung in den Skipistenplan abgegeben habe, so werde die Volksbefragung dadurch in keiner Weise in Frage gestellt, betont die Grüne Ratsfraktion. Ein Referendum sei erst dann hinfällig, wenn die betreffende Materie zwischenzeitlich im Sinne der Einbringer neu geregelt wurde.

Den Vorwurf der Manipulation und Irreführung weist Bürgermeister Christian Tschurtschenthaler von sich. Er habe keine gezinkte Karte im Ärmel. Er habe nie ein Geheimnis daraus gemacht, ein Befürworter des Projektes Ried zu sein. Aber nicht als solcher, sondern als Bürgermeister, dem die Aufgabe obliege, Unsicherheiten auszuräumen und den Sachverhalt zu klären und darzulegen, habe er bezüglich Volksbefragung die Klärung eingeholt, um sie dem Rat rechtzeitig vor dem 7. November mitteilen zu können.